

Walter Grode, Politologe / Hannover

Die Notwendigkeit der Wiederkehr des Politischen

Anmerkung zu: „Die Reform des Sozialsystems zwischen Sachzwang und Interessen“ von Bernd Schüngel

Als ökonomischer Laie kann ich nur staunen, wie leicht und eingängig Bernd Schüngel die neoliberale Hegemonie durchbricht und die Eliten-Ideologie widerlegt, daß jeder Staat, jede Region, ja selbst jede Einzelperson zu ihrem Glück finden, wenn sie sich nur nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten selbst neu organisieren. Verweist seine Diskussionsgrundlage doch darauf, daß es außer einer betriebswirtschaftlichen Sicht auch noch eine volkswirtschaftliche gibt resp. geben sollte. Dem möchte ich in der Diskussion um Reformpolitik und Soziale Gerechtigkeit einen weiteren defizitären Gesichtspunkt zur Seite stellen: Das Verschwinden des Politischen.

Interessenvertreter von Industrie und Handel rufen zu Investitionen in Osteuropa auf, weil die amtierende Regierung nicht alle ihre Wünsche erfüllt. Unternehmer und Topmanager, die in der traditionellen emanzipatorischen und sozialen Funktion des Staates nur ein Hindernis für „freie“ Märkte sehen, hungern den Staat - und mit ihm die auf Sozialtransfers angewiesenen Menschen - skrupellos aus. Mit enormem rhetorischem und finanziellem Aufwand vermarkten sie den von ihnen erzwungenen Sozial- und Bildungsabbau auch noch als im langfristigen Interesse der geschädigten Bevölkerung liegend. Diejenigen, die keinerlei Werte außer Geld und Macht erkennen lassen, instrumentalisieren mit ihrem ständigen Appell an „unsere“ Verantwortung für die künftigen Generationen die Werte und Gefühle ihrer Opfer.

Im Duell zwischen globalem Kapital und nationalem Staat gibt es, wie Erhard Eppler feststellt, keine Waffengleichheit: Hat die eine Seite eine Kalaschnikow, so droht die andere mit einem Brieföffner. Damit kann man theoretisch auch Menschen töten. Aber wer Regierungen auffordert, mit dem Brieföffner gegen die Kalaschnikow anzugehen, rät zum Selbstmord. Verweigerung und Verlagerung von Investitionen mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit sind eine wirksamere Waffe als Steuern, denen man sich allzu leicht entziehen kann.

Der Verteilungsgerechtigkeit, die die Neoliberalen seit jeher zur Ursache allen Übels erklärt haben, sind daher momentan enge Grenzen gesetzt. Rot-Grün versucht innerhalb dieser Grenzen die Lasten gerecht zu verteilen. Das ist notwendig unbefriedigend, ganz abgesehen davon, daß die schmerzhafteste Umverteilung zwischen den Alten und den Jungen von der Globalisierung der Kapitalströme unabhängig ist. Doch mittelfristig gibt es durchaus Hoffnung: Das größere Europa könnte ein Wirtschaftsraum werden, in dem nicht nur der berechtigte Protest, sondern auch die Politik wieder eine Chance bekommt.

Seit geraumer Zeit erscheinen uns die europäischen Sozialstaaten der achtziger Jahre und der Gedanke an eine soziale Kultur des Zusammenlebens wie eine schöne, jedoch naive Erinnerung. Denn die Welt der Wirtschaft und die des Sozialen entwickeln sich mit wachsender Geschwindigkeit immer weiter auseinander, und der Staat, der beide Welten durch Regulierung und nicht, wie uns heute suggeriert wird, durch De-Regulierung zusammenhielt und damit beiden diente, kann dies heute nicht mehr.

Es mag ja sein, daß diese Entwicklung tatsächlich unvermeidlich und daher nicht mehr aufzuhalten ist und eine Gesellschaft, die sich am Abbau sozialer Ungleichheit orientiert, als schöne Utopie erscheint. Was jedoch momentan geschieht ist mehr als der Abschied von Visionen. Es ist das ängstliche Zurückweichen des Politischen, des Rechtlichen und des Moralischen vor den Kräften des Marktes.

Denn Moral, die über individuelle Beziehungen hinausreichen soll, kann - gegen arbeitsteilige Prozesse und ihre Resultate - nur als Recht verwirklicht werden. Der Kampf um Recht aber ist Politik.

Der Markt jedoch setzt sich soziale Ziele oder das Ziel der Erhaltung der Umwelt nicht von selbst. Solche marktfremden Kriterien müssen ihm von außen, also politisch vorgegeben werden. Damit aber der Markt auch auf diese Ziele hinarbeiten kann, müssen sie für alle Marktteilnehmer gleichmäßig gelten. Nur wenn das sichergestellt ist, kann der einzelne Unternehmer zum Beispiel Umweltschutzkosten oder Behinderungen aus sozialen oder kulturellen Gründen wie das Verbot der Sonntagsarbeit akzeptieren, ohne im Konkurrenzkampf zu unterliegen.

Das bedeutet aber: Die politische Macht, die dem Markt die Ziele setzt, muß ebenso weit reichen wie der Markt selbst. Wird der Markt weltweit, kann deshalb nur eine Weltregierung ökologischer und sozialer Regulator des Marktes sein. Eine Weltregierung von 150 bis 200 Staaten völlig unterschiedlicher Interessen ist jedoch eine Illusion. Die meisten Nationalstaaten andererseits sind heute für diese Regulator-Rolle längst zu klein geworden.

Wie in Frankreich sollten wir deshalb auch in der Bundesrepublik diskutieren, ob nicht große Wirtschaftsräume wie zum Beispiel Europa als selbständige Märkte behandelt werden müßten, für die eine politische Instanz der Wirtschaft die sozialen und ökologischen Ziele vorgibt. Zu einer solchen Politik der Großregionen gehören auch Regelungen des Marktzugangs für Importe von außerhalb, Schutzzölle sowohl gegen soziales wie ökologisches Dumping. Denn generationen- und gruppenübergreifend haben alle Bürger – die Mobilien und die Seßhaften, die Beweglichen und die Beschränkten – ein gemeinsames Interesse daran, daß der entfesselte Weltmarkt den "European Way of Life", "den europäischen Traum" (Jeremy Rifkin) nicht schleift. Grundlage dieses kulturellen Gefüges ist ein spezifisch europäisches Denken, das vom Spannungsverhältnis von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Gleichheit lebt.